

Die Vereinten Nationen im 21. Jahrhundert

- Zeit für neue Herausforderungen

1. Einleitung

Beim japanisch-deutschen Gipfeltreffen am 09. 12. 2004 betonten Bundeskanzler Schröder und Ministerpräsident Koizumi gemeinsam die große Bedeutung der Reform des VN-Sicherheitsrates und gaben eine gemeinsame Presseerklärung zum Bericht des hochrangigen Gremiums heraus. Da die Diskussion über die Reform der VN nun auf der Grundlage dieses Berichts des hochrangigen Gremiums geführt wird, wird hier erläutert, warum die Reform des Sicherheitsrats notwendig ist und welchen Beitrag Japan für die VN leistet.

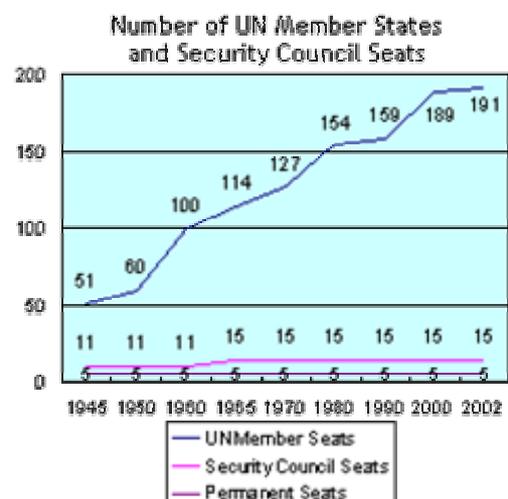


Foto: Amt des Ministerpräsidenten

2. Notwendigkeit für einen neuen Sicherheitsrat

Seit dem Ende des Kalten Krieges werden die VN von „neuen Bedrohungen“ herausgefordert wie z.B. Armut, Terrorismus, Seuchen und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen; dazu kommen noch die Bedrohungen, die durch zwischenstaatliche Konflikte entstehen. Um diesen neuen Herausforderungen begegnen zu können, hat der Sicherheitsrat neue Funktionen übernommen: die Überwachung der Konsolidierung des Friedens nach Konflikten sowie de facto eine gesetzgebende Rolle.

Um den erneuten Ausbruch von Gewalt zu verhindern, muss die internationale Gemeinschaft bei der Konsolidierung des Friedens eine umfassende und facettenreiche Vorgehensweise verfolgen, die erhebliche Ressourcen erfordert. Der Sicherheitsrat muss daher seine Effizienz verbessern, indem er die größtmögliche Beteiligung und Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten sicherstellt, die sowohl willens als auch in der Lage sind, eine solche Verantwortung zu übernehmen. Darüber hinaus muss die Rolle als Gesetzgeber, die der Sicherheitsrat in jüngster Zeit in Bereichen wie Kampf gegen den Terrorismus und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen de facto übernommen hat, noch effizienter werden, indem der Sicherheitsrat durch Ausweitung der Zahl seiner Mitglieder die Staatengemeinschaft insgesamt besser repräsentiert. Während die Zahl der Mitglieder seit Gründung der VN 1945 von 51 auf 191 dramatisch zugenommen hat, ist der institutionelle Rahmen des Sicherheitsrats grundsätzlich unverändert geblieben, mit der einen Ausnahme der Ausweitung der Zahl seiner Mitglieder von elf auf fünfzehn in den sechziger Jahren. Wenn der Sicherheitsrat seine Legitimation erhalten und ausweiten



will, muss die Zahl seiner Mitglieder vergrößert werden, wobei die Effizienz dieses Gremiums zu wahren ist.

Die Zusammensetzung des Sicherheitsrats sollte die geopolitischen Realitäten des 21. Jahrhunderts widerspiegeln. Es ist unbedingt erforderlich, dass Länder, die sowohl den Willen als auch die Fähigkeit haben, Verantwortung für die Wahrung von Frieden und Sicherheit in der Welt zu übernehmen, integraler Bestandteil des Entscheidungsprozesses werden. Hierfür ist die institutionelle Reform des Sicherheitsrats wesentlich. Die Mehrheit der VN-Mitgliedsstaaten befürwortet eine Ausweitung sowohl der ständigen als auch der nichtständigen Mitglieder. Während der Sitzungen zum Millennium-Gipfel der VN 2000 erklärten 98 Staaten offen ihre Unterstützung einer Ausweitung in beiden Kategorien.

3. Japans Engagement für Frieden, Sicherheit und Entwicklung weltweit

Japan spielt als VN-Mitglied eine aktive Rolle bei der Wahrung von Frieden und Sicherheit in der Welt, insbesondere in Bereichen wie Blauhelmissionen, humanitäre Hilfe und Konsolidierung des Friedens, im Kampf gegen den Terrorismus, bei der Rüstungskontrolle sowie der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Für das Ziel, die Ursachen von Konflikten zu beseitigen, bevorzugt Japan einen umfassenden Ansatz, der nicht nur darauf abzielt, den Konflikt selbst zu beenden, sondern auch solche Aufgaben wie Human Security („menschliche Sicherheit“) und Bekämpfung der Armut beinhaltet.

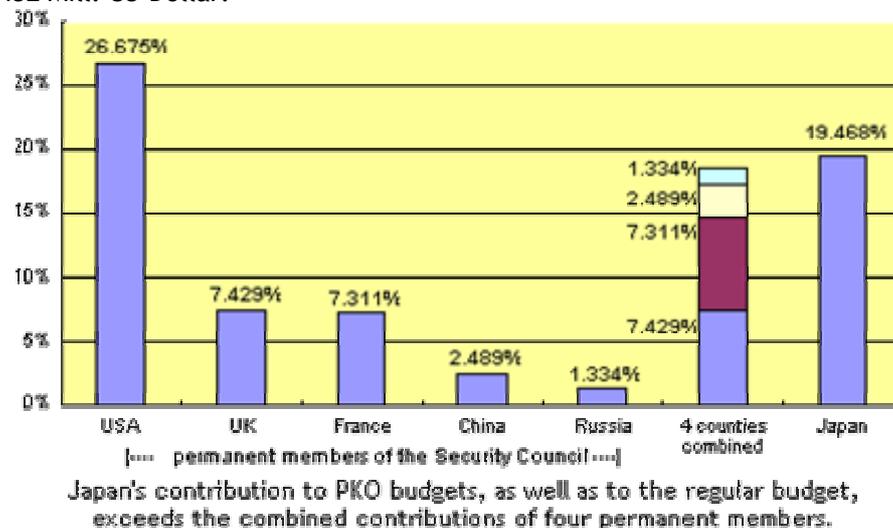
Konkret leistet Japan in den nachfolgend genannten Bereichen erhebliche Beiträge, die jeweils näher erläutert werden:

(1) Beitrag zur Schaffung von Frieden durch Blauhelmissionen und humanitäre Hilfe

(a) VN-Friedensmissionen (Blauhelmissionen)

Gegenwärtig beteiligt sich Japan an acht Friedensmissionen der VN, für die ca. 4.600 Mann entsandt wurden.

Darüber hinaus trägt Japan etwa zwanzig Prozent der Gesamtkosten der Blauhelmissionen; 2003 belief sich dieser Beitrag zum Haushalt für die Friedensmissionen der VN auf 432 Mill. US-Dollar.

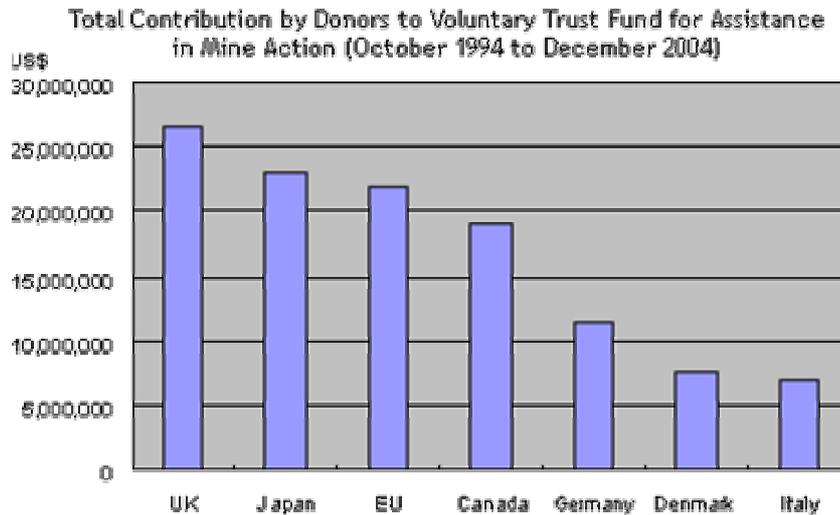


Weitere Informationen unter: <http://www.mofa.go.jp/policy/UN/pko/>

(b) Humanitäre Hilfe für weltweite Sicherheit

Umgehende und effektive humanitäre Hilfe ist der Schlüssel für eine erfolgreiche internationale Reaktion während und nach Konflikten. In diesem Zusammenhang ist humanitäre Hilfe eindeutig eines der wesentlichen Elemente für die Förderung weltweiter Sicherheit.

Japan stellt hierfür über multilaterale Organisationen sowohl Güter und Personal als auch finanzielle Mittel bereit. Zusätzlich hat Japan erhebliche Beiträge für den Minenräumdienst der Vereinten Nationen (United Nations Mine Action Service, UNMAS) geleistet.



(c) Nahtlose Hilfe zur Konsolidierung des Friedens

Ein hervorstechendes Merkmal bewaffneter Konflikte in den letzten Jahren ist die Tatsache, dass die Opfer solcher Konflikte zu 80 % Zivilpersonen sind.

Bewaffnete Konflikte sind die Ursache für humanitäre Krisen; zugleich können sie die Resultate der Entwicklungsbemühungen vieler Jahre zunichte machen und zu großen wirtschaftlichen Verlusten führen. Unruhen und Konflikte haben sogar die grundlegenden Strukturen von Staaten zerstört, was dazu führte, dass manche Staaten und Regionen nur noch erheblich geschwächte oder gar keine Regierungen haben. Hilfe für solche geschwächten Staaten ist zu einer wichtigen internationalen Aufgabe geworden.

Japan engagiert sich beim sogenannten DDR-Prozess (Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung ehemaliger Kämpfer in die Gesellschaft), beim Aufbau von Staaten sowie im Bereich humanitäre Hilfe, um die menschliche Sicherheit und die Konsolidierung des Friedens zu fördern. Gegenwärtig engagiert sich Japan in der ganzen Welt für die Schaffung von Frieden u.a. im Irak, in Afghanistan, Sri Lanka, Mindanao, Osttimor, im Kosovo und in Sierra Leone.

(2) Aufbauhilfe für den Irak und Afghanistan

(a) Irak

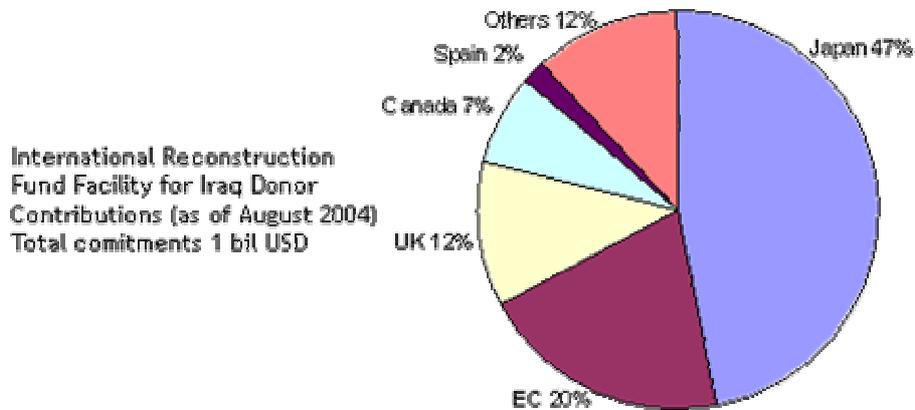
Japan hat eine Einheit der Selbstverteidigungsstreitkräfte (SDF) in den Irak entsandt, um dort humanitäre Hilfe und Hilfe für den Wiederaufbau des Landes zu leisten.

Die SDF leistet Hilfe in Form des Wiederaufbaus von Schulen und öffentlichen Einrichtungen, gewährt medizinische Versorgung, hilft bei der Trinkwasserversorgung sowie beim Transport von Hilfsgütern und Materialien für den Wiederaufbau.

Japan hat 2004 insgesamt 1,5 Mrd. US-Dollar für dringende Bedürfnisse in Form eines zinslosen und rückzahlungsfreien Zuschusses zur Verfügung gestellt, von denen 1,15 Mrd. US-Dollar bereits für konkrete Maßnahmen freigegeben wurden.

Darüber hinaus stellt Japan weitere 3,5 Mrd. US-Dollar für mittelfristige Bedürfnisse zur Verfügung.

Im Oktober 2004 fungierte Japan als Gastgeber der Dritten Geberkonferenz für den Internationalen Wiederaufbaufonds für den Irak in Tokyo.



Weitere Informationen unter: http://www.mofa.go.jp/region/middle_e/iraq/issue2003/

(b) Afghanistan

Japan unternimmt alles in seinen Kräften stehende, um direkte Verhandlungen zwischen den Führern der Übergangsregierung und den regionalen Machthabern zu unterstützen, damit der DDR-Prozess auch nach den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2004 fortgeführt werden kann.

Im Januar 2002 fungierte Japan als Gastgeber der Internationalen Wiederaufbaukonferenz für Afghanistan in Tokyo; seitdem hat Japan 800 Mill. US-Dollar für den Wiederaufbau Afghanistans bereitgestellt. Zusätzliche 400 Mill. US-Dollar wurden auf der Konferenz von Berlin im März 2004 angekündigt.

Weitere Informationen unter: http://www.mofa.go.jp./region/middle_e/afghanistan/

(3) Beitrag zur Abrüstung und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen

Als einziges Land der Welt, das den Einsatz von Atomwaffen selbst erlitten hat, sowie als ein Land, das keine Waffen exportiert, unternimmt Japan aktive diplomatische Anstrengungen, um die nukleare Abrüstung mit Hilfe eines praktischen und progressiven Ansatzes zu forcieren; seit 1994 legt Japan der VN-Generalversammlung jedes Jahr einen Resolutionsentwurf über nukleare Abrüstung vor. Japan ist der festen Überzeugung, dass alle Staaten ihre Anstrengungen für die Sicherstellung der Nichtverbreitung von Waffen in allen Phasen verstärken müssen, indem effektive Maßnahmen in dem Bereich Ausfuhr- und Einfuhrkontrolle sowie bei Kontrollen im Inland und an den Grenzen getroffen werden und indem sie sich aktiv an der Proliferation Security Initiative (PSI) beteiligen.

Japan unterstützt diesen umfassenden Ansatz im Kampf gegen die Weiterverbreitung aktiv, insbesondere in Asien. Es hat anderen Staaten technische Hilfe gewährt, um Hindernisse für die Durchsetzung effizienter Maßnahmen für die Nichtverbreitung zu beseitigen.

Gleichzeitig fordert Japan insbesondere die Staaten, die dem Zusatzprotokoll der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) noch nicht beigetreten sind, mit Nachdruck auf, dies unverzüglich zu

tun. Auch unternimmt Japan entschlossene Anstrengungen, das Nichtverbreitungs-Regime (NPT) weltweit umzusetzen sowie den Vertrag über ein umfassendes Verbot von Atomtests (CTBT) in Ergänzung des NPT rasch in Kraft treten zu lassen.

Japan engagiert sich zudem im Bereich Abrüstung und Nichtverbreitung konventioneller Waffen einschließlich Antipersonenminen und Kleinwaffen. Es führte den Vorsitz bei der zweijährlichen Konferenz für die Umsetzung des VN-Aktionsprogramms 2001 und setzt sich für das weltweite Inkrafttreten der Konvention von Ottawa ein.

Weitere Informationen unter: <http://www.mofa.go.jp/policy/un/disarmen/>

(4) Human Security

(a) Staatliche Sicherheit und menschliche Sicherheit

Das Konzept von „Sicherheit“ wird nun besser und in einem weiteren Kontext verstanden.

So wie die Brundtland-Kommission die konzeptionellen Überlegungen der internationalen Gemeinschaft durch die Definition von „nachhaltiger Entwicklung“ in konkrete Formen brachte, könnten die Schlussfolgerungen der Kommission über Human Security unsere Welt verändern, indem diese den Begriff von Sicherheit ausweiten und als Sicherstellung des Überlebens, des Alltags und der Würde der einfachen Menschen definieren und nicht auf die Integrität souveräner Staaten beschränken. Die Kommission unter Vorsitz von Sadako Ogata und Amartya Sen richtete den Blick auf die Notwendigkeit, die Menschen auf individueller Ebene zu schützen und zu stärken; sie forderte die Integration der aufgesplitterten internationalen Bemühungen in Bezug auf humanitäre Fragen und Fragen der Entwicklung, um auf diese Weise die Ergänzung der konventionellen „staatlichen Sicherheit“ durch „menschliche Sicherheit“ voranzutreiben. Der Bericht der Kommission unter dem Titel „Human Security Now“ wurde VN-Generalsekretär Kofi Annan im Mai 2003 vorgelegt und beinhaltet eine Reihe wichtiger Empfehlungen für die internationale Gemeinschaft, darunter die Einrichtung eines „Fonds für die Übergangszeit im Anschluss an Konflikte“, die Schaffung eines internationalen Systems, das sich mit der weltweiten Migration befasst, sowie die Sicherung „sozialer Mindeststandards“.

Japan unterstützt die Schlussfolgerungen der Kommission ohne Einschränkung und hat das Konzept von Human Security in seine Außenpolitik integriert; dieses Konzept ist nun einer der Hauptpfeiler seiner Außenpolitik. Zusätzlich hat Japan 1999 den VN-Treuhandfonds für Human Security ins Leben gerufen und mehr als 227 Mill. US-Dollar bereitgestellt, um die Schlussfolgerungen der Kommission umsetzen zu können. Der Fonds dient der Gründung und Umsetzung innovativer Projekte im Bereich Human Security, die nicht mit bereits bestehenden internationalen Ressourcen allein realisiert werden können.

Weitere Informationen unter:

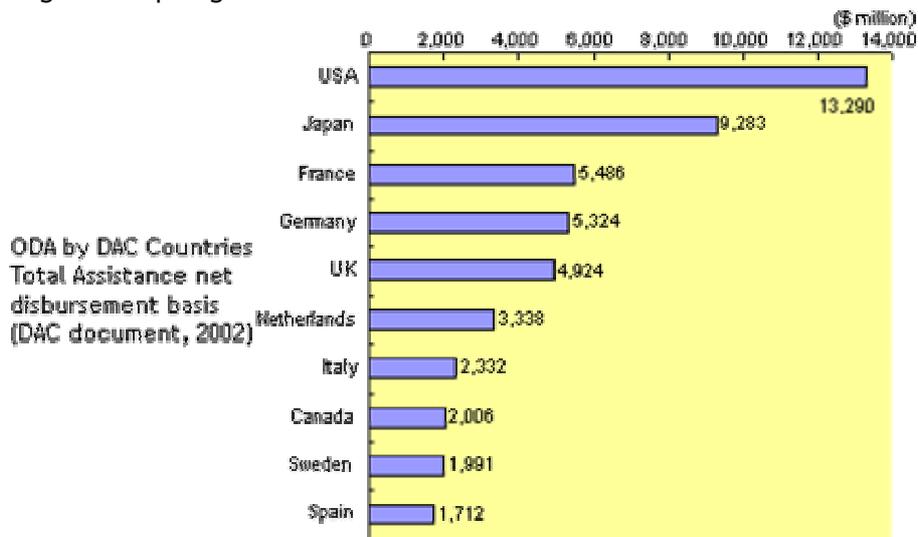
http://www.mofa.go.jp/policy/human_secu/index.html (Japanisches Außenministerium)

<http://www.humansecurity-chs.org/> (Kommission über Human Security)

(b) Nachhaltige Entwicklung und Bekämpfung der Armut

Die Kommission über Human Security kommt zu dem Schluss, dass Armut nach wie vor eine der größten Herausforderungen für die internationale Gemeinschaft ist und eine der Ursachen gewalttätiger Konflikte darstellt. Als Bestandteil seiner Entwicklungsphilosophie misst Japan der „Partnerschaft“ zwischen den Teilhabern wie z.B. Organisationen aus dem Privatsektor und Industriestaaten sowie den „Eigentümern“ auf Seiten der Entwicklungsländer große

Bedeutung bei. Japan betont zudem die große Bedeutung von Wirtschaftswachstum für eine nachhaltige Bekämpfung der Armut.



Weitere

Informationen unter: <http://www.mofa.go.jp/policy/oda/>

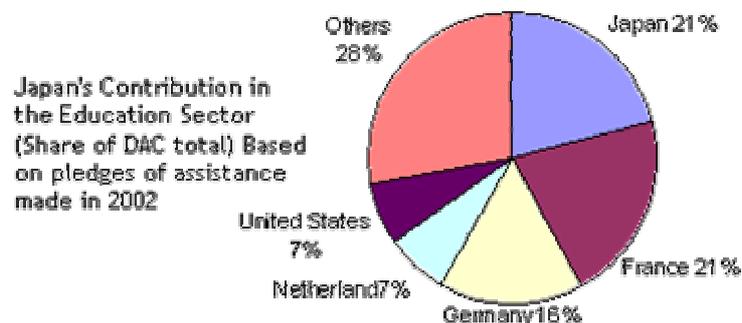
(5) Beitrag zur Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele

Japan setzt sich dafür ein, die Millennium-Entwicklungsziele zu verwirklichen. Bereiche, in denen sich Japan besonders engagiert, sind u.a. Bildung, Seuchenbekämpfung, Umwelt sowie Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung.

(a) Bildung

In Übereinstimmung mit der Wachstumsinitiative für grundlegende Bildung (BEGIN), die im Juni 2002 verabschiedet wurde, weitet Japan seine Unterstützung für grundlegende Bildung in den Entwicklungsländern aus.

Zu den wichtigsten Anliegen zählen hierbei die Aufhebung der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, die Förderung der Alphabetisierung von Erwachsenen sowie die Verbesserung der Qualität der Bildung und der Schulverwaltung.

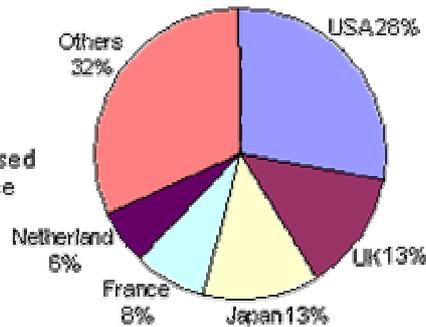


(b) Seuchenbekämpfung

Wie im Rahmen der Initiative von Okinawa zum Kampf gegen Seuchen aus dem Jahr 2000 angekündigt, misst Japan dem Kampf gegen HIV/AIDS, Tuberkulose, Malaria, Polio und anderen Seuchen einen zentralen Stellenwert bei der Entwicklung bei.

Bis heute wurden im Rahmen dieser Initiative mehr als zwei Mrd. US-Dollar bereitgestellt. Japan wirkt zudem aktiv mit internationalen Organisationen bei der Bekämpfung von Seuchen auf regionaler Ebene und weltweit zusammen.

Japan's Contribution in the Education Sector (Share of DAC total) Based on pledges of assistance made in 2002

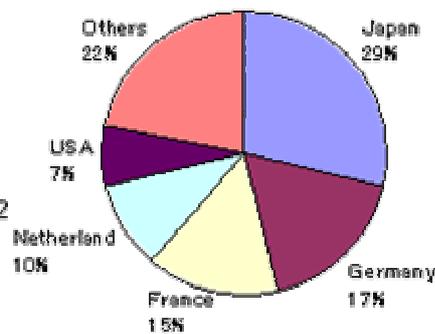


(c) Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung

In den letzten drei Jahren hat Japan etwa ein Drittel der finanziellen Mittel in Höhe von fast drei Mrd. US-Dollar, die jährlich im Rahmen staatlicher Entwicklungshilfe weltweit für den Bereich Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung bereitgestellt werden, zur Verfügung gestellt.

Die Initiative für japanische Entwicklungshilfe im Bereich Wasser von 2003 beinhaltet ein Programm im Wert von 16 Mrd. Yen in Form zinsloser und rückzahlungsfreier Zuschüsse für die Erschließung von Wasserressourcen, die Einführung eines Kreditprogramms zu niedrigen Zinsen für den Bau von Abwasseranlagen sowie die Ausbildung von ca. 1.000 Experten aus dem Bereich Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung in den nächsten fünf Jahren.

Japan's Contribution in the Water and Sanitation Sector (Share of DAC total) Based on pledges of assistance made in 2002



(d) Japans eigenständige Initiative für Afrika im Rahmen von TICAD

Seit 1993 setzt sich Japan im Rahmen seiner „Tokyoter Internationalen Konferenz für die Entwicklung Afrikas“ (TICAD) an vorderster Front für die Lösung der Probleme auf diesem Kontinent ein. Dieser Prozess leistet einen einzigartigen Beitrag zur Entwicklung von Theorie und Praxis, indem er dem Stellenwert des afrikanischen Beitrags sowie der Partnerschaft mit der internationalen Gemeinschaft große Bedeutung beimisst und die Zusammenarbeit zwischen Asien und Afrika fördert. Im Rahmen des TICAD-Prozesses setzt Japan eine breit gefächerte Hilfe für Afrika um, die auf drei Pfeilern ruht: nämlich Konsolidierung des Friedens, Armutsbekämpfung durch Wirtschaftswachstum und eine Entwicklung, bei der die Menschen im Mittelpunkt stehen. Auf der TICAD III (2003) stellte Japan insgesamt eine Mrd. US-Dollar an zinslosen und rückzahlungsfreien Zuschüssen zur Verfügung, die in den kommenden fünf Jahren u.a. in den Bereichen Gesundheit und medizinische Versorgung, Trinkwasser, Bildung und Nahrung eingesetzt werden; 300 Mill. US-Dollar wurden bereits für konkrete Maßnahmen freigegeben. Im November 2004 war Japan zudem Gastgeber der TICAD Asien-Afrika-Konferenz für Handel und Investitionen, um durch die Förderung von Handel und Investitionen die Entwicklung Afrikas zu unterstützen.